GRÜNE
GRUENE.CH

# INKLUSIVER FEMINISMUS JETZT!



## GRÜNE PRIORITÄTEN IN DER GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

# INKLUSIVER FEMINISMUS JETZT!

## GRÜNE PRIORITÄTEN IN DER GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Positionspapier der GRÜNEN, Annahme durch die Geschäftsleitung am 7.5.2026

Seit fast fünfzig Jahren ist die Gleichstellung von Frauen[1] und Männern in der Verfassung verankert. Trotzdem sind die GRÜNEN Schweiz zutiefst besorgt darüber, dass noch keine echte Gleichstellung erreicht wurde. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist immer noch keine Selbstverständlichkeit. Frauen verfügen im Durchschnitt über 39.5% weniger Einkommen als Männer.[2] Und nicht nur cis Frauen werden benachteiligt – unsere Gesellschaft diskriminiert rechtlich und faktisch auch Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsausdruck. **Seit ihrer Gründung setzen sich die GRÜNEN für eine Gesellschaft ein, die allen nicht nur juristische Gleichstellung, sondern auch tatsächliche Gleichstellung im Alltag gewährt. Dieses Prinzip ist das Fundament der Gesellschaft, für die sich GRÜNEN einsetzen: Wir wollen eine demokratische Gesellschaft, in der Menschenrechte und Gleichstellung im Mittelpunkt stehen und die allen ein erfülltes Leben und eigene Lebensentwürfe ermöglicht.** Für die GRÜNEN besitzt der Kampf gegen das Patriarchat und seine Herrschaftsideologie – die mit der Ausbeutung und der Zerstörung der Umwelt untrennbar verbunden ist – eine hohe Priorität.

Jede zweite Woche wird in der Schweiz eine Frau aufgrund ihres Geschlechts getötet. Woche für Woche werden sechs Hassverbrechen gegen LGBTIQ+-Personen verzeichnet.[3] Diese geschlechtsspezifische Gewalt wird durch Diskriminierung und Ungleichheit ermöglicht und verstärkt. Wenn akzeptiert wird, dass eine Frau nur aufgrund ihres Geschlechts weniger verdient als ein Mann, wird ihre Würde verletzt. Wirtschaftliche Gleichberechtigung ist eine Grundvoraussetzung für Selbstbestimmung. Denn nur durch wirtschaftliche Unabhängigkeit und finanzielle Autonomie können sich beispielsweise Gewaltbetroffene von ihren Partnern oder Familien emanzipieren.

**Der Aufstieg der extremen Rechten birgt eine weitere Gefahr für die Rechte von Frauen, Minderheiten und marginalisierten Gruppen und könnte dazu führen, dass alle Errungenschaften der feministischen und queeren Bewegung der letzten Jahrzehnte rückgängig gemacht werden.** In physischen und digitalen Räumen breitet sich der Maskulinismus aus: Immer mehr indoktrinierte junge Männer

[1] Unter diesem Begriff verstehen wir alle Frauen unabhängig von ihrer Geschlechtszuweisung bei Geburt. Es gibt leider nicht genug Daten über berufliche Diskriminierung gegen Personen, die sich nicht mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei Geburt zugewiesen wurde oder mit den binären Geschlechterkategorien. Die zwei ersten Kapitel betreffen wirtschaftliche Ungleichheiten gemäss den Daten der offiziellen Statistik, die auf einem binären Geschlechterverständnis beruht und die daher den gelebten Identitäten der betroffenen Personen nicht immer entspricht. Wenn andere Personen als cis-Frauen gemeint sind, nutzen wir die Begriffe «trans Personen», «queere Personen» oder verschiedene kontextabhängige Varianten des Akronyms LGBTQIA+.

[2] Bundesamt für Statistik (BFS), «Gesamter Geschlechtsspezifischer Erwerbseinkommensunterschied (GOEG)», 13.11.2025.

[3] Zahlen des Kollektivs Stop Femizid; LGBTIQ Helpline, «Hate Crime Bericht 2025», 08.05.2025.

rechtfertigen Gewalt und Diskriminierungen, um ihre Privilegien im Namen der angeblichen Überlegenheit von Männern zu verteidigen. Dieser besorgniserregende Backlash prägt auch die Schweizer Politik: Während das Militärbudget auf Kosten der Sozialausgaben ungebremst wachsen darf, fehlen die Mittel für den wirksamen Schutz der von geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffenen. Konservative Kräfte stellen zudem das Recht auf Abtreibung, Mutterschaftsurlaub und die soziale Absicherung von Witwen in Frage. Sie weigern sich entgegen dem sehr klaren Wunsch der Stimmbevölkerung, die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern. Sie greifen die Finanzierung von Gleichstellungsbüros und den Zugang junger trans Personen zum Gesundheitssystem an und fordern gleichzeitig den Rückzug der Schweiz aus internationalen Abkommen zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

**Die neoliberale Austeritätspolitik treibt den Abbau des Service Public voran und stellt eine weitere Bedrohung für die Gleichstellung dar.** Die zahlreichen Ausgabenkürzungen, welche für die Legislatur 2023–2027 vorgesehen sind, sind Teil eines ideologischen Abbauprogramms, das angesichts der äusserst gesunden Bundesfinanzen nicht gerechtfertigt ist. Von diesem Sozialabbau sind in erster Linie Bereiche wie Pflege, Gesundheit und Bildung betroffen. Bereiche, welche Chancengerechtigkeit ermöglichen und grossmehrheitlich von Frauen aufrechterhalten werden. **Vernachlässigt der Staat die Care-Arbeit, fällt die Last unausweichlich auf die Schultern von Frauen. Frauen, die bereits heute jedes Jahr durch unbezahlte Arbeit einen Dienst an der Gesellschaft im Wert von 400 Milliarden Franken leisten.[4]**

**Wir GRÜNE sind seit der Gründung unserer Partei Vorreiter*innen für Gleichstellung und Verbündete des feministischen Kampfes. Unser Einsatz hat zu einer erheblichen Stärkung der Rolle von Frauen in der Politik geführt**: Unsere Partei war die erste, die von einer Frau präsidiert wurde und seit 1979 haben uns mehr Frauen als Männer im Parlament vertreten.[5] In den letzten Jahren waren wir im Zentrum grundlegender rechtlicher Fortschritte. Dazu gehören zwei grössere Reformen des Strafrechts: die Anerkennung der Betroffenen von Vergewaltigung und Stalking sowie die Strafbarkeit der Verbreitung intimer Inhalte ohne Konsens aller Beteiligten. Dank unserem Einsatz werden medizinische Kosten für Abtreibungen und Schwangerschaften übernommen. Zudem haben wir eine Reform angestossen, damit von sexualisierter Gewalt Betroffene durch die Unfallversicherung gleichbehandelt werden. Schliesslich forderten wir als erste Partei die Einführung der Ehe für alle und eines dritten amtlichen Geschlechts.[6]

In diesem Positionspapier erläutern wir die nötigen Massnahmen, damit Ungleichheiten, Diskriminierungen und Gewalt gegen Frauen, Minderheiten und marginalisierte Menschen ein Ende hat und eine Gesellschaft der individuellen und kollektiven Emanzipation entstehen kann. Für die GRÜNEN ist Familienpolitik der

[4] BFS, «2020 war unbezahlte Arbeit 434 Milliarden Franken wert», 05.12.2022.
[5] Die Liste der «Ratsmitglieder seit 1848» ist auf der Seite des Parlaments verfügbar: <https://www.parlament.ch/de/ratsmitglieder> [letzter Abruf am 30.04.2026].
[6] Parlamentarische Initiative 98.453, Ruth Genner, «Gesetzliche Voraussetzungen für die Ehe gleichgeschlechtlicher Paare»; Postulat 17.4121, Sibel Arslan, «Drittes Geschlecht im Personenstandsregister».

zentrale Hebel zur Überwindung von Geschlechterungleichheiten. Es darf nicht sein, dass Mütter sich immer noch zwischen Karriere und Familienleben entscheiden müssen. Deshalb fordern wir eine paritätische Familienzeit und familienergänzende Kinderbetreuung als Teil des öffentlichen Dienstes. Ausserdem benötigen wir dringend Massnahmen zur Aufwertung der Erwerbsarbeit in mehrheitlich von Frauen ausgeübten Berufen. Wir fordern ebenfalls 0.1 % des BIP für den Kampf gegen sexualisierte Gewalt – denn ohne Finanzierung kann diese Gewalt nicht wirksam bekämpft werden. Schliesslich fordern wir endlich ein Rahmengesetz gegen jede Form der Diskriminierung. Betroffene benötigen die Mittel, um sich in allen Lebensbereichen zu wehren.

**Mehrfachdiskriminierungen wirken sich oft verstärkend auf Betroffene aus. Wir engagieren uns für einen intersektionalen Feminismus, der nicht nur für cis Frauen mit privilegierter Herkunft einsteht.** Deshalb haben wir in diesem Positionspapier, wann immer möglich[7], Diskriminierungen und die spezifischen Erfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans, intergeschlechtlichen, asexuellen, queeren und nonbinären (LGBTQIA+) Menschen miteinbezogen. Die Kämpfe gegen Sexismus, Homophobie und Transfeindlichkeit müssen gemeinsam geführt werden.[8] Echte Gleichstellung und Emanzipation gelingen nur, wenn wir die Lebensrealitäten und Diskriminierungserfahrungen von rassifizierten Menschen, Menschen mit Migrationserfahrung, Behinderungen, chronischen Krankheiten sowie weiteren Formen von Mehrfachdiskriminierung konsequent berücksichtigen. Die GRÜNEN stehen für einen inklusiven und sozial gerechten Feminismus ein, der alle Mitglieder unserer Gesellschaft respektiert und sie vor Diskriminierungen schützt. Nur gemeinsam und überzeugt können wir dem Patriarchat und seiner menschen- und umweltfeindlichen Herrschaftsideologie den Kampf ansagen.

[7] In vielen Fällen ist uns aufgrund fehlender Daten das Ausmass der Diskriminierungen gegen beispielweise queere oder rassifizierte Personen nicht bekannt.
[8] Siehe unsere Resolution: «Vielfalt der Geschlechtsidentitäten: ein Reichtum für unsere Gesellschaft», 25.01.2025.

# INHALTSVERZEICHNIS


1 Wir fordern vollständige wirtschaftliche Gleichstellung ..... 5
1.1 Für einen wirksamen Lohnschutz ..... 5
1.2 Für gleichwertige Arbeit, gleichen Lohn ..... 6
1.3 Für eine diskriminierungs- und gewaltfreie Arbeitswelt ..... 7
1.4 Für mehr Frauen in Führungspositionen ..... 8
1.5 Für eine geschlechtergerechte Rentenpolitik ..... 9
2 Wir fordern eine konsequente Familienpolitik für die Schweiz ..... 11
2.1 Für eine paritätische Familienzeit ..... 11
2.2 Für öffentliche familienergänzende Kinderbetreuung ..... 12
2.3 Für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ..... 13
2.4 Für amtliche Gleichstellung ..... 13
3 Wir fordern eine Gesellschaft ohne sexualisierte Gewalt ..... 15
3.1 Für eine stärkere Unterstützung betroffener Personen ..... 16
3.2 Für bessere juristische Instrumente und wirksame Prävention ..... 16
3.3 Für eine umfassende Datengrundlage ..... 18
3.4 Für eine feministische Aussen- und Asylpolitik ..... 18
4 Wir fordern eine Kultur der Gleichstellung in allen Bereichen der Gesellschaft ..... 20
4.1 Für eine Schule, die Wissen und Gleichberechtigung vermittelt ..... 20
4.2 Für gleichberechtigte medizinische Versorgung ..... 21
4.3 Für die Förderung der Gleichstellung durch digitale Technologien ..... 22
4.4 Für Inklusion in allen Bereichen der Gesellschaft ..... 23

# 1 WIR FORDERN VOLLSTÄNDIGE WIRTSCHAFTLICHE GLEICHSTELLUNG

In der Schweiz verdienen Frauen durchschnittlich 39.5 % weniger als Männer.[9] Gleichzeitig arbeiten sie womöglich mehr als Männer, wenn man die unentbehrliche unbezahlte Arbeit berücksichtigt. Nur: Diese Milliarden Stunden pro Jahr werden von der Gesellschaft nicht anerkannt. Da sich der Staat kaum konkret für Gleichstellung einsetzt, arbeiten die meisten Frauen mit Familie Teilzeit, um genügend Zeit für Care-Arbeit und den Haushalt zu haben. Der effektive Erwerbseinkommensunterschied zwischen Männern und Frauen ist der zweithöchste in Europa. In keinem anderen Land ist dieses Gefälle so stark auf Teilzeiterwerbsarbeit zurückzuführen wie in der Schweiz. **Für die GRÜNEN ist es höchste Zeit, mit griffigen Massnahmen gegen Lohndiskriminierung und mit einer starken Familienpolitik Frauen endlich gerecht zu behandeln und finanziell gleichzustellen!**

## 1.1 FÜR EINEN WIRKSAMEN LOHNSCHUTZ

Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind zum grössten Teil auf die weit verbreitete Teilzeiterwerbsarbeit bei Frauen zurückzuführen. **Aber selbst wenn die Erwerbsarbeit auf ein 100 %-Pensum hochgerechnet wird, verdienen Frauen im Durchschnitt 16 % bzw. 1'359 Franken weniger als Männer.[10]** Ein erster Malus von 706 Franken erklärt sich dadurch, dass Frauen in Branchen, Berufe oder hierarchische Stellungen arbeiten, die schlechter entlöhnt sind. Stellen in weiblich konnotierten Branchen (Pflege, Detailhandel, Gastgewerbe) werden beispielsweise im Durchschnitt weniger gut entlöhnt als in traditionell männlich konnotierten Bereichen (Bau, Forstwirtschaft, Metallurgie). Die konkrete Folge dieser gegenderten Wahrnehmung der Arbeitswelt ist für viele Frauen Prekarität: Jede fünfte Frau arbeitet in der Schweiz im Tieflohnbereich – während sich nur jeder zehnte Mann in dieser Situation befindet.[11]

Der Staat muss seine Verantwortung gegenüber Sozialpartner*innen ernst nehmen und sich dringend für eine Erhöhung der Vergütung im Tieflohnbereich durch die Einführung eines Mindestlohns einsetzen. Dieser Einsatz ist umso wichtiger, weil die bürgerlichen Parteien offensiv versuchen, die demokratisch eingeführten kantonalen Mindestlöhne zu untergraben. Ausserdem arbeiten in Care-Berufen (Spitäler, ambulante Pflege) sowie im sozialen und Bildungsbereich (Schulen, Kitas, Tagesschulen, Pflegeheime) mehrheitlich Frauen – wobei beide Bereiche auch staatlich finanziert und kontrolliert sind. Es ist dringend notwendig, dass der Staat ausreichend in den Service Public investiert, um Arbeitsbedingungen zu

[9] GOEG, Siehe Fussnote 1.
[10] BFS, «Lohnunterschied: Erklärter und unerklärter Anteil des Lohnunterschieds zwischen Frauen und Männern». Es ist wichtig, das arithmetische Mittel und nicht den Medianwert des Lohnunterschieds als Grundlage zu betrachten, weil der Median die höchsten Einkommen (mehrheitlich männlich) und die niedrigsten Einkommen (mehrheitlich weiblich) nicht berücksichtigt.
[11] Unia, «Frauenlohn-Report», 2025, S.7. Tieflöhne sind Löhne tiefer als 2/3 des Medianlohns (d.h. 4'113 CHF x 13 bei 100%).

gewährleisten, die Gleichstellung fördern und es den Angestellten ermöglichen, gute Arbeit zu leisten.

**Im heutigen System können sich Frauen nur von den hunderten Stunden unbezahlter Arbeit befreien, indem sie diese Aufgaben an andere Frauen delegieren – in der Regel an solche mit Migrationserfahrung.** Diese Frauen leiden meist unter einer zweifachen Diskriminierung – wegen ihres Geschlechts und ihrer Herkunft – was dazu führt, dass ein Drittel der migrantischen Frauen trotz Vollzeit-Pensum einen tiefen Lohn verdient.[12] Wir müssen sicherstellen, dass alle Frauen angemessen entlöhnt werden. Und wir müssen sicherstellen, dass ihre Arbeitsverhältnisse nicht dazu führen, dass sie sich aufgrund des Aufenthaltsstatus in einer vulnerablen Situation wiederfinden.

Wir fordern:

- gesetzliche Mindestlöhne von 25 Franken pro Stunde mit einer automatischen Indexierung nach Lebenshaltungskosten,[13]
- höhere Löhne in Branchen mit mehrheitlich weiblichen Beschäftigten wie der Kleinkinderbetreuung und der Pflege,
- eine schnelle und ambitionierte Umsetzung der Pflegeinitiative, um eine konkrete Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne zu ermöglichen,
- eine bessere soziale Absicherung für Frauen in Familienbetrieben, insbesondere in der Landwirtschaft,
- die Ausweitung des Arbeitsgesetzes auf Angestellte in privaten Haushalten,
- die Regularisierung von allen arbeitenden Sans-Papiers und die Schaffung von legalen Migrationswegen für Arbeiter*innen ohne europäische Staatsangehörigkeit,
- eine bessere soziale Absicherung für Sexarbeiter*innen in allen Kantonen,
- wirksame Massnahmen gegen den Menschenhandel, die in allen Kantonen mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden.

## 1.2 FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT, GLEICHEN LOHN

Neben dem obigen sogenannten «erklärbaren» Lohnunterschied existiert eine direkte Lohndiskriminierung von 640 Franken pro Monat. Es handelt sich dabei um ungleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, der nur auf das Geschlecht der Arbeitenden zurückzuführen ist. Die Höhe dieser Diskriminierung hängt vom Sektor ab und kann 1'274 Franken pro Monat erreichen.[14] **In den letzten Jahren ist dieses rein auf Diskriminierung basierende Lohngefälle gestiegen**[15] – die Bürgerlichen lehnen jedoch systematisch jeden vorgeschlagenen Lösungsansatz ab. Dass die Hälfte der Unternehmen, die eine Lohngleichheitsanalyse durchführen müsste, das Gesetz schlicht und einfach ignoriert, hat beim Bundesrat keine nennenswerte Reaktion

[12] Unia 2025, S.8
[13] Der Index der Lebenshaltungskosten muss die Krankenkassenprämien berücksichtigen.
[14] In der Finanz- und Versicherungsbranche.
[15] Sie ist von 42.4 % im Jahr 2014 auf 48.2 % im Jahr 2022 gestiegen.

ausgelöst.[16] Seit 1981 steht jedoch in der Verfassung: Männer und Frauen haben ein Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Das Gleichstellungsgesetz (GIG), welches die faktische Gleichstellung hätte schaffen sollen, ist zudem seit dreissig Jahren in Kraft. Wir haben es satt und werden nicht länger warten!

Wir fordern:

- Lohntransparenz nach dem Vorbild der neuen EU-Vorschriften,
- Kontrollen und abschreckende Sanktionen für Unternehmen, welche die Lohngleichheit nicht einhalten,
- die Einführung einer obligatorischen Chancengleichheitsanalyse (Zugang zu Weiterbildung unabhängig vom Beschäftigungsgrad, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten usw.) für alle Unternehmen mit über 50 Angestellten,
- die Vermittlung des GIG in den Pflichtfächern aller Bachelorstudiengänge der Rechtswissenschaft sowie eine obligatorische Weiterbildung für alle Richter*innen und alle Mitglieder der Arbeitsgerichte.

## 1.3 FÜR EINE DISKRIMINIERUNGS- UND GEWALTFREIE ARBEITSWELT

Gemäss einer Studie haben 31 % aller Deutschschweizer Frauen während ihrer Karriere sexuelle Belästigung erlebt.[17] Einer neueren Studie zufolge leidet über die Hälfte der trans Personen unter Belästigung oder Diskriminierung am Arbeitsplatz.[18] Trans Personen sind zudem fünfmal häufiger arbeitslos als der Rest der Bevölkerung.[19] **Belästigung am Arbeitsplatz schafft ein Klima der Diskriminierung, Erniedrigung und Verunsicherung und die Gewalt führt dazu, dass viele Frauen und queere Personen ihre Stelle kündigen, auf Beförderungen verzichten oder eine andere berufliche Laufbahn einschlagen.** In allen Unternehmen muss eine Politik der Nulltoleranz gegenüber sexueller Belästigung eingeführt werden. Öffentliche Einrichtungen müssen zudem eine Vorbildrolle einnehmen. Aber das allein reicht nicht aus: Sexuelle Belästigung ist ein Ausdruck der vorherrschenden Machtverhältnisse. Deshalb brauchen wir in allen Branchen stabile und gut bezahlte Stellen, in denen Vorgesetzte keine übermässige Macht über die Angestellten ausüben können.

Wir fordern:

- ein Rahmengesetz zur Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung (rassistisch, queerfeindlich oder auf Grund von Herkunft oder sozialer Stellung),

[16] Bundesrat, «Zwischenbilanz zeigt: Analyse zur Lohngleichheit wird ungenügend durchgeführt», 07.03.2025.
[17] Franciska Krings et al., «Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz: Wer belästigt wen, wie und warum? Besseres Verständnis heisst wirksamere Prävention. Zusammenfassung der Projektergebnisse», 2013, S.4.
[18] Diversité au travail, «être LGBT au travail», 2015, S.8. Siehe auch die SOGUS-Umfrage – Sexuelle Orientierung, Geschlecht und Schule (2025) über schulische Belästigung.
[19] Transgender network, «Arbeit», <https://www.tgns.ch/de/information/arbeitswelt/> [abgerufen am 15.04.2026].

- eine Änderung des Arbeitsgesetzes, damit nach zwei befristeten Verträgen beim selben Arbeitgeber ein unbefristeter Vertrag abgeschlossen werden muss,
- einen Kündigungsschutz von einem Jahr für beide Elternteile nach der Geburt eines Kindes,
- eine stärkere Berücksichtigung von Menopause und Perimenopause am Arbeitsplatz sowie Massnahmen, die eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und des Arbeitsortes ermöglichen,
- die Einführung eines bezahlten Urlaubs bei schmerzhafter Menstruation, insbesondere aufgrund von Endometriose,
- regelmässige Kontrollen bei Unternehmen, um sicherzustellen, dass obligatorische Massnahmen gegen sexuelle Belästigung von den Unternehmen umgesetzt werden,
- dass alle Unternehmen mit mehr als 50 Angestellten eine externe Ansprechperson zur Verfügung stellen müssen, um betroffene Personen angemessen und anonym zu betreuen,
- den Beitritt zum Übereinkommen Nr. 190 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt,
- die Erleichterung der Beweislast für sexuelle Belästigung und die entsprechende rechtliche Angleichung zu anderen Formen der Diskriminierung,
- eine signifikante Erhöhung der Entschädigungen wegen Diskriminierung gemäss GIG.

## 1.4 FÜR MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPOSITIONEN

Obwohl Frauen über ein mindestens gleichwertiges und oft höheres Bildungsniveau als Männer verfügen und genauso häufig Beförderungen anstreben, besetzen Frauen nur einen Fünftel der Stellen im höheren Management und weniger als einen Drittel der Sitze in den Verwaltungsräten der grössten börsenkotierten Unternehmen.[20] Dies rührt daher, dass griffige Massnahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fehlen (siehe Kapitel 2). In der Politik sind Frauen ebenfalls auf allen Ebenen untervertreten: In den kantonalen Exekutiven beträgt der Frauenanteil nur ein Drittel. Nur zwei von sieben Bundesratsmitgliedern sind Frauen. An unseren Hochschulen zeigt sich das gleiche Phänomen: 55 % der Menschen mit Bachelorabschluss in der Schweiz sind Frauen – trotzdem sind sie bei Professor*innen und in den Hochschulleitungen nur zu 30 % vertreten.[21] Frauen, die Verantwortung übernehmen wollen, müssen die Chance auf eine Führungsposition haben. Vor allem, weil Frauen – egal ob Arbeiterinnen oder Unternehmensleiterinnen – ein Recht auf gleiche Arbeitsbedingungen haben müssen. Zudem kann die

[20] Advance, gender equality in business «Gender intelligence Report 2024», 17.09.2024, und PME «La part des femmes dans les conseils d'adminsitration passe un cap»

[21] BFS, «Frauen und Wissenschaft», <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/technologie/indikatorsystem/w-t-input/spez-f-e-analysen/frauen-wissenschaft.html> [abgerufen am 15.04.2026].

Erhöhung des Frauenanteils in Schlüsselpositionen sexuelle Belästigung reduzieren und zu positiven Wechselwirkungen führen, die weiblichen Karriereaufstiege fördert. Schliesslich ist es von zentraler Bedeutung, dass Frauen, sowie Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsausdruck, mit Migrationserfahrungen und Behinderung in wissenschaftlichen und kreativen Berufen vertreten sind, damit Wissenschaft und Kultur diskriminierungsfrei und weltoffen gestaltet werden können.

Wir fordern:

- eine fixe Frauenquote von 40 % in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen von börsenkotierten Unternehmen und Unternehmen mit Staatsanteil sowie einen Kontroll- und Sanktionsmechanismus, um die Erreichung der Quote sicherzustellen,
- die Verankerung in der Verfassung der angemessenen Vertretung der Geschlechter im Bundesrat,
- eine Pflicht für Parteien, dass bei nationalen Wahlen Personen desselben Geschlechts höchstens 60 % der Listen ausmachen,
- eine bessere Anerkennung ausländischer Diplome.

## 1.5 FÜR EINE GESCHLECHTERGERECHTE RENTENPOLITIK

Die ungleiche Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie Diskriminierungen im Erwerbsleben und in der Gesellschaft haben gravierende Auswirkungen für Frauen: **Wenn Frauen in Rente gehen, erhalten sie im Durchschnitt jeden Monat 31 % bzw. 1'330 Franken weniger als Männer**. Ein Drittel der Frauen hat keine zweite Säule und selbst wenn sie eine haben, sind die Renten oft dürftig.[22] Das Armutsrisiko von Frauen ist während des ganzen Lebens höher als dasjenige von Männern und steigt zusätzlich nach dem 65. Lebensjahr: 17 % der über 65-jährigen Frauen sind armutsbetroffen – im Gegensatz zu 12 % der Männer.[23] Für die GRÜNEN ist klar: Alle Frauen verdienen gleiche Renten wie ihre männlichen Altersgenossen.

Deshalb fordern wir:

- die Stärkung der 1. Säule, damit die AHV und die IV ihr verfassungsmässiges Ziel, «den Existenzbedarf angemessen zu decken», erreichen können,
- eine bessere Anerkennung von Teilzeiterwerbsarbeit und unbezahlter Care-Arbeit in der 2. Säule, insbesondere durch die Einführung von Betreuungs- und Erziehungsgutschriften in der 2. Säule,
- die Erhöhung der Renten aller Frauen, um das seit 2025 höhere Rentenalter auszugleichen,

[22] BFS, «Pension Gap», <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann/einkommen/pension-gap.html> [abgerufen am 15.04.2026].
[23] BFS, «Indikatoren zur finanziellen Situation der Personen ab 65 Jahren, nach verschiedenen Merkmalen », <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de.assetdetail.30526380.html> [abgerufen am 15.04.2026].

- die Senkung des gesetzlichen Rentenalters für Personen mit anstrengenden Berufen oder die bereits mit einer Lehre ins Berufsleben eingestiegen sind,
- den Erhalt der lebenslangen Witwenrenten,
- die Schaffung von Mechanismen, die arbeitenden Sans-Papiers eine Rente garantieren.

# 2 WIR FORDERN EINE KONSEQUENTE FAMILIENPOLITIK FÜR DIE SCHWEIZ

**Die Schweizer Familienpolitik ist mittelalterlich:** Es gibt keine paritätische Elternzeit und keine Garantie auf Kita- oder Tagesschulplätze. Die meisten Frauen reduzieren ihr Pensum erheblich, sobald ihr erstes oder zweites Kind geboren wird.[24] Wer heute bis zur Geburt als modernes Paar lebt, wird durch die Mutterschaft oft zu einem traditionellen Paar. In Paarhaushalten mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren arbeiten Frauen im Durchschnitt mehr als Männer, wobei drei Viertel ihrer Arbeitszeit unbezahlt bleibt.[25] Wenn Frauen so viel Zeit mit Kindern, dem Haushalt, der Familie, den Nachbar*innen und anderen Formen der sozialen Beziehungspflege verbringen, steht ihnen weniger Zeit für Lohnarbeit zur Verfügung, mit der finanzielle Autonomie möglich würde. Die Unterstützung von Familien durch öffentliche und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung hilft auch der Chancengleichheit, der Gesundheit und der persönlichen Entwicklung der Kinder. **Für die GRÜNEN ist klar: Die Schweiz braucht dringend eine Familienpolitik, die jedem Kind die gleichen Startchancen bietet und jeder Familie die Freiheit überlässt, sich so zu organisieren, dass Beruf und Familienleben vereinbar sind.**

## 2.1 FÜR EINE PARITÄTISCHE FAMILIENZEIT

Erst wenn Eltern ihre Kinder gleichberechtigt und ohne stereotype Rollenverteilung erziehen können, kommt die Gleichstellung in der Gesellschaft langfristig voran. Studien zeigen, dass eine paritätische nicht übertragbare Familienzeit, wie wir sie mit unserer Familienzeit-Initiative fordern, dabei hilft, dass möglichst viele Männer Elternzeit nehmen, um ihr neugeborenes Kind zu betreuen.[26] Wenn sich Männer ab Geburt an der Betreuungsarbeit beteiligen und über mehrere Wochen eine Hauptbezugsperson für ihr Kind sein können, schaffen wir die strukturellen Voraussetzungen dafür, dass Väter Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder übernehmen, sowie ihren Anteil an der Hausarbeit und am «Mental Load» übernehmen. Indem die Verantwortung nach der Geburt von beiden Partner*innen getragen wird, ermöglicht die Familienzeit eine bessere Erholung nach der Schwangerschaft und der Geburt. Die Elternzeit des zweiten Elternteils ermöglicht es beiden Partner*innen, ihre Arbeit dann aufzunehmen, wenn sie wollen, ohne nach 18 Wochen eine Betreuungsmöglichkeit suchen zu müssen. Die GRÜNEN werden auch entschieden dafür eintreten, dass Regenbogenfamilien Kinder unter guten Bedingungen erziehen können. **Es ist an der Zeit, traditionelle**

[24] BFS, «Erwerbsmodelle in Paarhaushalten», 2024. In über 60 % der Paarhaushalte mit mindestens einem Kind ist der Mann Vollzeit oder die Frau Teilzeit oder nicht erwerbstätig.
[25] BFS, «Zeitaufwand für bezahlte und unbezahlte Arbeit nach Familiensituation», 2024.
[26] Adela Recio Alcaide, «Qué factores influyen más en que los padres usen el permiso por nacimiento sin solaparlo con la madre? Caracterización del solo care en España y comparativa con los países de la Unión Europea», 2025.

**Rollenvorstellungen in der Familie zu ändern und den Zeitaufwand für die Kinderbetreuung und -erziehung gleichmässig zu verteilen**.

Wir fordern:

- eine Familienzeit von mindestens 18 Wochen für beide Elternteile gemäss unserer Initiative «Starke Gesellschaft und Wirtschaft dank Elternzeit (Familienzeit-Initiative)»,[27]
- dass diese Elternzeit auch unabhängig von ihrem Zivilstand queeren Paaren gewährt wird, bei denen eine Person ein Kind gebärt,
- die Einführung eines Verfassungsartikels über die Familie, damit der Bund die Kompetenzen und Verantwortung bekommt, um Familien zu begleiten, Betreuung zu finanzieren und Chancengleichheit sicherzustellen,
- die Einführung eines Vorgeburtsurlaubs von mindestens drei Wochen
- die Verlängerung des Mutterschutzes auf 14 Wochen,
- eine erhebliche Verlängerung des Adoptionsurlaubes für beide Elternteile,
- den Abbau der administrativen Hürden zur Adoption eines Kindes durch den zweiten Wunschelternteil.

## 2.2 FÜR ÖFFENTLICHE FAMILIENERGÄNZENDE KINDERBETREUUNG

**Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern, muss nach der Familienzeit ein grosses, qualitativ hochwertiges und komplett staatlich finanziertes Kinderbetreuungsangebot in erreichbarer Nähe bestehen.** Öffentliche Kinderbetreuung ist nicht nur eine Grundvoraussetzung für Gleichstellung, sondern auch für Chancengleichheit, ein gesundes Leben und gute Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder. Leider ist die Schweiz in diesem Bereich ein internationales Schlusslicht und belegt im UNICEF-Länderranking hinsichtlich Zugang und Qualität den 38. Von 41 Rängen.[28] Die öffentliche Hand investiert sechsmal weniger als andere Länder in familienergänzende Kinderbetreuung. Das hat zur Folge, dass Eltern nirgendwo auf der Welt einen so grossen Anteil ihrer Löhne für Kinderbetreuung ausgeben wie in der Schweiz.[29] Das darf nicht sein! Mehr Ausbildungsplätze und bessere Arbeitsbedingungen für (Klein-)kinderzieher*innen müssen eine finanzielle Priorität sein – es handelt sich um eine Investition in unsere Zukunft.

Wir fordern:

- eine Garantie auf einen kostenlosen Kitaplatz nach dem Ende der Familienzeit und starke finanzielle Unterstützung des Bundes für Gemeinden und Kantone,
- dass der Bund zur Gewährleistung des Kindeswohls Vorgaben für die (Klein-)kinderbetreuung festlegt, welche die Qualität der Ausbildung und gute

[27] <https://www.familien-zeit.ch/>
[28] Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates, Erläuternder Bericht zur Parlamentarischen Initiative «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung», 2024, S.18.
[29] Idem S.14.

Arbeitsbedingungen sicherstellen, insbesondere durch bessere Löhne und höheren, kindesgerechter Betreuungsschlüssel,
- die Einführung von Tagesschulen mit entsprechend ausgebildeten und gut bezahlten Mitarbeiter*innen in der gesamten Schweiz.

## 2.3 FÜR EINE BESSERE VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

**Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, ist eine einfache Massnahme naheliegend: die Verkürzung der gesetzlichen Erwerbsarbeitszeit.** Mit zusätzlichen Stunden für Erziehung und Care-Arbeit könnten Eltern die Betreuungsarbeit besser aufteilen. Dadurch stünden Frauen weniger unter Druck, ihr Pensum zu reduzieren. Seit den 70er-Jahren wurde jedoch die gesetzliche Höchstarbeitszeit nicht mehr reduziert. Und das, obwohl unsere Produktivität immer weiterwächst und wir einen der längsten Erwerbsarbeitstage der Welt haben. Automatisierung und künstliche Intelligenz haben zu einem tiefgreifenden Wandel der Erwerbswelt geführt. Wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass diese digitale Revolution der gesamten Gesellschaft zugutekommt statt nur Profite für Investor*innen und Techgiganten zu generieren. **Für die GRÜNEN bedeutet eine bessere Aufteilung der Arbeit mehr Zeit, um zueinander und zur Umwelt Sorge zu tragen.**

Wir fordern:

- eine Reduktion der gesetzlichen Höchstarbeitszeit von 42 auf maximal 35 Stunden ohne Lohneinbussen für Personen mit niedrigem und mittlerem Lohn,[30]
- das Recht auf eine Reduktion des Erwerbspensums um mindestens 20 % für Elternteile nach der Geburt eines Kindes mit dem Recht, zu einem späteren Zeitpunkt zum ursprünglichen Pensum zurückzukehren,
- die Verpflichtung, Jobsharing für alle Kaderpositionen in der Verwaltung und des Bundes zuzulassen,
- ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches die Grundbedürfnisse deckt. Ein Teil dieses Grundeinkommens kann in Form von kostenlosen öffentlichen Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden.[31]

## 2.4 FÜR AMTLICHE GLEICHSTELLUNG

Das Modell der heteronormativen Kernfamilie entspricht nicht mehr der Realität vieler Haushalte. Ein Teil unseres Verwaltungssystems basiert jedoch noch auf binären

[30] Siehe unser Positionspapier «Arbeitsplätze der Zukunft», 21.10.2022.
[31] Siehe unser Positionspapier «Grünes Grundeinkommen», 24.12.2024.

Geschlechteridentitäten und der traditionellen Familie mit Männern als Familienernährer. Dadurch werden alle diskriminiert, die nicht diesem Modell entsprechen oder sich nicht darin wiederfinden. Bis zur Annahme der Individualbesteuerung im März 2026 – einer langjährigen Forderung der GRÜNEN – wurden zahlreiche verheiratete Frauen als Zweitverdienerinnen steuerlich diskriminiert. Diese Situation wird glücklicherweise bald der Vergangenheit angehören. Ausserdem geniessen Personen, die sich nicht für eine Ehe entscheiden und die im Konkubinat leben, nicht immer den gleichen Schutz wie verheiratete Paare beim Tod einer*s Partner*in. Ihnen muss die Möglichkeit offenstehen, ohne komplizierten und teuren administrativen Prozess den identischen rechtlichen Schutzstatus zu erhalten. **Es ist auch höchste Zeit, dass die Schweiz dem Vorbild anderer Länder folgt und einen dritten amtlichen Geschlechtseintrag einführt. Die GRÜNEN waren die erste Partei, die diese Forderung gestellt hat.**[32]

Wir fordern:

- eine schnelle Umsetzung der Individualbesteuerung und den Stopp aller politischen Vorstösse, welche die Förderung konservativer Familienmodelle als Ziel haben,
- die Einführung eines dritten Geschlechtseintrages,
- dass eingetragene Partnerschaften für alle Paare ermöglicht werden,
- ein modernes Erbrecht, das Patchwork-Familien und andere Familienmodelle berücksichtigt,
- einen gleichberechtigten Zugang zur medizinisch unterstützten Fortpflanzung für alleinstehende Frauen, Frauenpaare und unverheiratete Paare,
- die Legalisierung der Eizellenspende in der Schweiz – wobei die Gesetzgebung die Rechte und Gesundheit der Kinder und Spenderinnen priorisieren muss.

[32] Postulat 17.4121, Sibel Arslan, «Drittes Geschlecht im Personenstandsregister».

# 3 WIR FORDERN EINE GESELLSCHAFT OHNE SEXUALISIERTE GEWALT

**Der Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt ist für unsere Sicherheit und Gesellschaft dringend notwendig. In der Schweiz wird alle zwei Wochen eine Frau von ihrem Partner, ex-Partner oder einem Familienmitglied getötet.**[33] In 9 von 10 Fällen, bei denen jemand im eigenen Zuhause getötet wird, war es ein Mann, der eine Frau tötet.[34] Und obwohl die Zahl der jährlichen Todesopfer seit den 90er-Jahren kontinuierlich zurückgeht und unsere Gesellschaft weniger gewaltvoll wird, bleibt die Anzahl getöteter Frauen seit dem 19. Jahrhundert stabil.[35] Feminizide sind die extremste Ausprägung sexualisierter Gewalt und sind Teil eines Kontinuums geschlechtsspezifischer Gewalt. Frauenfeindliche Gewalt entsteht auf dem Nährboden von Ungleichheiten und Diskriminierung und nimmt verschiedene Formen an: Catcalling, Stalking, sexistische Beleidigungen, die Verbreitung pornographischer Deepfakes ohne Zustimmung, Vergewaltigungen. Auch das Ausmass der Gewalt gegen queere Personen ist ebenso besorgniserregend: Jede dritte queere Person hat in den letzten fünf Jahren einen physischen oder sexualisierten Übergriff erlebt.[36] Lösungsansätze für das Eindämmen von sexualisierter Gewalt im Internet werden im Kapitel 4.3 zu digitalen Technologien ausgeführt.

**Geschlechtsspezifische Gewalt ist Teil von gesellschaftlichen Strukturen wie Geschlechterhierarchien, Machtmissbrauch und patriarchaler Herrschaft und ist daher höchst politisch.** Frauen sind unter den Opfern von Tötungsdelikten übervertreten, weil Geschlechterungleichheiten und patriarchale und sexualisierte Gewalt in unserer Gesellschaft weiterhin toleriert werden. Die Daten zeigen deutlich: Feminizide betreffen Frauen aus allen sozialen Hintergründen, von den ärmsten zu den reichsten, vom höchsten zum tiefsten Bildungsstand, unabhängig von Herkunft oder Migrationserfahrung. All diese tragischen Fälle haben eine Gemeinsamkeit: Frauen und queere Personen werden von Männern getötet. Aus Sicht der GRÜNEN ist die Situation bereits jetzt unerträglich – es ist jedoch davon auszugehen, dass zukünftige Krisen, insbesondere die Klimakrise, zu wirtschaftlichen und sozialen Spannungen führen werden, welche die Situation weiter verschärfen und noch mehr Gewalt mit sich bringen.[37]

[33] Es gibt (noch) keine offizielle Statistik zu Feminiziden. Die Zahlen basieren auf der wertvollen Arbeit des Projekts «Stop Femizid»: <https://www.stopfemizid.ch>.
[34] Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG), «Tötungsdelikte mit Schusswaffen im häuslichen Bereich», 2025, S.28 und EBG, «Ursachen von Tötungsdelikten innerhalb der Partnerschaft», 2021, S.15.
[35] Delphine Gasche, «Meurtre. Les féminicides n'ont pas baissé depuis le 19e siècle. Entretien avec une criminologue», 24 heures, 13.03.2025.
[36] GFS Bern, «Hintergründe und Prävalenz von Queerfeindlichkeit in der Schweiz», 2024.
[37] UNO: «La crise climatique entraîne une augmentation des violences sexistes», <https://news.un.org/fr/story/2025/04/1154921> [abgerufen am 15.04.2026].

## 3.1 FÜR EINE STÄRKERE UNTERSTÜTZUNG BETROFFENER PERSONEN

**Mit der Ratifikation der Istanbul-Konvention hat sich die Schweiz dazu verpflichtet, Frauen und Mädchen vor Gewalt zu schützen. Fachorganisationen sind sich jedoch einig, dass die zur Verfügung stehenden Mittel und Ressourcen nicht ausreichen.** Es gibt für Gewaltbetroffene nicht genug Schutzplätze in Frauenhäusern und es fehlen die Kapazitäten zur Begleitung von Personen mit Unterstützungsbedarf, mentalen Gesundheitsproblemen und Suchterkrankungen. Wir fordern die konsequente und diskriminierungsfreie Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Wir fordern:

- 0.1 % des BIP für die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt,
- einen nationalen Finanzierungsplan und genügend Ressourcen für Schutzplätze für Gewaltbetroffene, damit alle betroffenen Personen unabhängig von Alter, Wohnkanton oder Gesundheitslage Zugang zu einer angemessenen Notunterkunft haben,
- Aufnahmeplätze und Beratungs- und Unterstützungsstellen für alle Personen ohne finanzielle, physische, sensorische, sprachliche, kognitive oder administrative Hürden,
- eine ausreichende und langfristige Finanzierung von Notrufzentralen, damit Mitarbeiter*innen mit einer gründlichen Ausbildung zu verschiedenen Formen der Gewalt unter guten Arbeitsbedingungen angestellt werden können,
- die Umsetzung des Grundsatzes «Wer schlägt, geht» in der ganzen Schweiz,
- einen einfachen und bezahlbaren Zugang zu qualitativ hochwertiger psychotherapeutischer Begleitung in allen Regionen des Landes,
- die Einführung von Fachgruppen für häusliche Gewalt in allen Schweizer Polizeikorps,
- regelmässige, obligatorische Weiterbildungen über sexualisierte Gewalt gemäss einheitlichen Mindeststandards für das gesamte Justiz-, Polizei und medizinische Personal sowie Personen, die in temporären oder dauerhaften Kollektivunterkünften arbeiten (Asylzentren, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, Gefängnisse, aber auch religiöse, Ferien- und Sportlager),
- die Legalisierung aller Sans-Papiers, damit Personen nicht aus Angst vor den Konsequenzen für ihren Aufenthaltsstatus auf eine Anzeige verzichten.

## 3.2 FÜR BESSERE JURISTISCHE INSTRUMENTE UND WIRKSAME PRÄVENTION

21 % der Personen, die in den letzten Jahren ein (versuchtes) Tötungsdelikt innerhalb einer Paarbeziehung begangen haben, waren bereits polizeilich erfasst.[38]

[38] BFS, «Polizeilich registrierte Tötungsdelikte 2009–2016 innerhalb und ausserhalb des häuslichen Bereichs», 2018.

Häusliche Gewalt wird häufig von Wiederholungstäter*innen begangen und könnte oft durch bessere Prävention verhindert werden. Die Verschärfung der strafrechtlichen Konsequenzen ist kein angemessener oder zielführender Ansatz: Wir müssen in die Prävention von Straftaten investieren. In Notsituationen arbeiten die Kantone in Eigenregie. Der Föderalismus hat gefährliche Grenzen und wir müssen über kantonale und nationale Grenzen hinausdenken können. **Antifeministische Narrative, die in den letzten Jahren vor allem im Internet im Kontext des Maskulismus verbreitet und weiterentwickelt wurden, müssen zwingend ernst genommen und als Bedrohung für die innere Sicherheit eingestuft werden.**

Wir fordern:

- ein Rahmengesetz gegen sexualisierte Gewalt,
- die Erweiterung der Diskriminierungsstrafnorm auf Geschlechteridentitäten und die angeborene Vielfalt geschlechtlicher Merkmale,
- die Erweiterung der Definition häuslicher Gewalt auf psychische Gewalt und auf kollektive Lebenskontexte wie begleitetes Wohnen für Menschen mit Behinderungen,
- eine strenge Regulierung digitaler Plattformen sowie das Verbot von Deepfakes und Nudify-Applikationen, um die Verbreitung von hetzerischen und gefährlichen Inhalten im Internet zu erschweren,[39]
- die Einführung eines koordinierten Warnsystems für die ganze Schweiz durch die Kantone mit Unterstützung des Bundes; dabei wird garantiert, dass ausreichende finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung gestellt werden und dass notwendige Massnahmen zum Schutz des Privatlebens ergriffen werden,
- eine bessere Waffenkontrolle mit einem zentralen Waffenregister, die Hinterlegung aller Armeewaffen in Zeughäusern und ein Verbot des Mitführens privater Waffen,
- den konsequenten Einzug der Waffen von Personen, die Gewalttaten gegen andere Menschen begangen haben,[40]
- kontinuierliche und regelmässige, obligatorische Weiterbildungen für Polizeikorps über Erkennungs- und Interventionspraktiken bei antifeministischer Radikalisierung gemäss einheitlichen Mindeststandards,
- ausreichend finanzierte und obligatorische kantonale Gewaltpräventionsprogramme für Tatpersonen bei sexualisierter Gewalt,
- psychologische Beratung auf kantonaler Ebene für alle Tatpersonen.

[39] Die GRÜNEN haben einen gesamten Gesetzesentwurf zu diesem Thema verfasst: Parlamentarische Initiative 25.439, Raphaël Mahaim, «Kommunikationsplattformen. Das Parlament muss wieder die Kontrolle übernehmen», 07.05.2026.
[40] Ein Bericht, der dank den GRÜNEN erschienen ist, zeigt, dass in zahlreichen Tötungsfällen mit Schusswaffen die Polizei bereits intervenieren musste und die Waffe zu diesem Zeitpunkt auch hätte einziehen können. BFS, «Tötungsdelikte mit Schusswaffen im häuslichen Bereich», 2025 S. 58.

## 3.3 FÜR EINE UMFASSENDE DATENGRUNDLAGE

Um ein effektives Vorgehen gegen ein Problem entwickeln zu können, muss man es genau untersucht haben. Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt liegen uns jedoch zum grossen Teil nur dank der Zivilgesellschaft vor. **Es ist daher zwingend notwendig, dass öffentliche Behörden regelmässig Daten erheben und die Forschung in diesem Bereich finanzieren.** Die GRÜNEN haben im Parlament zwar dafür gesorgt, dass eine Statistik zu Feminiziden neu erhoben wird, doch es fehlen uns beispielsweise Daten und Langzeituntersuchungen zu Gewalt, Catcalling, sexueller Belästigung und den intersektionalen Dimensionen von Diskriminierung.

Wir fordern:

- die Gründung einer Beobachtungsstelle für sexualisierte Gewalt,
- eine ausreichende und konstante Finanzierung für die Erhebung von Daten zu Gewalt aufgrund aller Formen von Diskriminierung,
- eine erhebliche Budgetaufstockung für das BFS, damit die zusätzlichen Anfragen bearbeitet werden können.

## 3.4 FÜR EINE FEMINISTISCHE AUSSEN- UND ASYLPOLITIK

**Sexualisierte Gewalt prägt die Migrationserfahrungen von Frauen und queeren Personen, sowohl als Migrationsgrund als auch auf der Reise respektive der Flucht.** Frauen sind von der Klimakrise und der damit verbundenen Zunahme von Armut, Konflikten und Vertreibungen in den Ländern des Globalen Südens besonders stark betroffen. Sexualisierte Gewalt, insbesondere Vergewaltigung, wird nach wie vor als Kriegsmittel eingesetzt. Die Verfolgung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität muss als Asylgrund besser anerkannt werden. Das Asylrecht muss auch Gewalt aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung angemessen berücksichtigen. Zudem müssen schwer traumatisierte Menschen in der ganzen Schweiz besser unterstützt und begleitet werden.

Wir beobachten die Rückkehr autoritärer und patriarchaler Rollenbilder, die sich eine Verankerung traditioneller Geschlechterrollen wünschen. Dagegen braucht es eine feministische Aussenpolitik: Die Schweiz muss für gerechten Frieden einstehen und Sicherheit über rein nationale und militärische Logiken hinaus definieren. Um die völkerrechtsbasierte Weltordnung zu schützen und zu fördern, müssen die Beiträge für humanitäre Hilfe und Entwicklung umgehend und gemäss Gender Budgeting erhöht werden. Der Kampf für wirtschaftliche Gleichstellung und die Stärkung der Zivilgesellschaft sind die besten Präventionsmittel gegen autoritäre und gewaltvolle Regimes. Frauen, Mädchen und queere Personen müssen überall einen besseren Zugang zu Bildung, wirtschaftlichen Chancen und sexueller und reproduktiver Gesundheit haben.

Wir fordern:

- die Erhöhung des Schweizer Beitrags zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit auf 1 % des BIP, wobei für die Zuteilung der zusätzlichen Mittel ein Gender Budgeting durchgeführt wird,
- eine solidarische internationale Klimafinanzierung zusätzlich zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit,
- eine feministische Aussenpolitik für die Schweiz,[41]
- ein absolutes Exportverbot für Kriegsmaterial,
- die Bereitschaft zur unabhängigen Ergreifung von Sanktionen im Falle einer Verletzung der UN-Charta oder der Menschenrechte,
- die vollständige und explizite Anerkennung der Verfolgung aufgrund von Geschlechtsausdruck, Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung als Asylgrund,
- separate Aufnahmezentren für unbegleitete Minderjährige und Familien,
- eine bessere Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von Frauen, Kindern und queeren Personen in Asylzentren und -verfahren,
- die Abschaffung der Administrativhaft und der Ausschaffung von Familien, schwangeren Personen und Kleinkindern.

[41] Siehe unsere Resolution «Für eine feministische Schweizer Aussenpolitik im Dienste von Menschenrechten und Demokratie», 20.08.2022.

# 4 WIR FORDERN EINE KULTUR DER GLEICHSTELLUNG IN ALLEN BEREICHEN DER GESELLSCHAFT

**Für eine Gesellschaft, in der Gleichstellung als gemeinsamer Wert gelebt und gefeiert wird, muss Gleichstellung auch in Bildung und Kultur vermittelt werden – Bereiche, die uns ein Leben lang prägen.** Die GRÜNEN haben vier prioritäre Bereiche für die Verankerung der Gleichstellung als tragende Säule unserer Gesellschaft identifiziert. Erstens: Die Schule vermittelt Wissen und bildet das Fundament unserer Demokratie – sie muss jedoch auch den Wert des gegenseitigen Respekts in den Vordergrund stellen. Zweitens: Der Bereich der öffentlichen Gesundheit bietet verschiedene Schlüssel zu einem Leben in Würde und gleichberechtigter Teilhabe für alle Mitglieder unserer Gesellschaft. Drittens: Die voranschreitende Digitalisierung muss die Gleichstellung fördern. Viertens: Wissenschaft und Kultur. Die Rahmenbedingungen, unter denen Wissen und Kultur geschaffen werden, spielen eine entscheidende Rolle im Kampf gegen Diskriminierung in unserer Gesellschaft.

## 4.1 FÜR EINE SCHULE, DIE WISSEN UND GLEICHBERECHTIGUNG VERMITTELT

Die Schule soll ein Ort sein, an dem Werte wie Demokratie, Respekt und das friedliche Zusammenleben vermittelt werden. Der Unterricht muss Stereotypen und Vorurteile zu Geschlechtern und sexueller Orientierung abbauen. So können sich junge Menschen neutral und faktenbasiert mit diesen Fragen auseinandersetzen. Um verantwortungsvolle Mitglieder der Gesellschaft zu werden und kritische Meinungen zu entwickeln, müssen Schüler*innen gemeinsam über ihre Vorurteile diskutieren können und Strategien entwickeln, um diese abzubauen. Dies befördert auch die Verhinderung von Gewalt. Eine neuere Studie zeigt, dass sich 68 % der trans Schüler*innen und 53 % der nonbinären Schüler*innen in der Schule wegen ihrer Geschlechteridentität nicht sicher fühlen. 14 % der LGBTQ-Schüler*innen mussten die Schule wechseln, weil sie sich unsicher fühlten.[42] **Die Schule muss deshalb eine zentrale Rolle bei der Sensibilisierung und Gewaltprävention spielen.** Sie ist auch ein Raum, in dem man die Erwartungen der Gesellschaft mit Bezug auf Geschlechtsnormen in Frage stellen und Gegenentwürfe vorschlagen kann. Eine möglichst frühe Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist das beste Mittel, um eine freie Berufswahl zu ermöglichen und gegen toxische Männlichkeit zu kämpfen. Diese

[42] SOGUS-Studie (Die Situation von LGBTQ+ Jugendlichen in Deutschschweizer Schulen, Ad. J. Ott, 2024). Diese Zahlen berücksichtigen Kinder mit intergeschlechtlichen Merkmalen nicht. Siehe dazu die Ressourcen der Organisation InterAction: <https://www.inter-action-suisse.ch/de/ressourcen/schule> [abgerufen am 15.04.2026].

stellt eine Gefahr für Frauen und queere Personen – aber auch für Männer selber – und deren teure Folgen müssen von der gesamten Gesellschaft getragen werden.[43]

Wir fordern:

- ein Recht auf ganzheitliche Sexualaufklärung – faktenbasiert und altersgerecht, von ausgebildeten Fachpersonen vermittelt und mit Konsens als Grundprinzip,
- regelmässige obligatorische Weiterbildungen gemäss einheitlichen Mindeststandards für Lehrkräfte und Kleinkindererziehende über Gleichstellungsfragen mit Bezug zu Geschlecht und sexueller Orientierung,
- Sensibilisierungs- und Präventionsprogramme gegen toxische Männlichkeit an der Schule,
- stereotypenfreie, diversitätsabbildende Lehrbücher für alle Bildungsstufen und Kantone,
- einen nationalen Aktionsplan gegen Mobbing in der Schule und Cyber-Mobbing,
- zusätzliche Mittel für mehr Lehrkräfte und kleinere Schulklassen, um hochwertige Bildung für alle Schüler*innen zu ermöglichen und Chancengleichheit und individuellen Lebenserfolg zu fördern,
- die Aufwertung der Löhne der Lehrkräfte in der Primarstufe,
- die Förderung männlicher Karrieren in weiblich konnotierten Berufen, insbesondere in der Kinderbetreuung.

## 4.2 FÜR GLEICHBERECHTIGTE MEDIZINISCHE VERSORGUNG

**Auch im medizinischen Bereich werden Frauen und queere Personen diskriminiert.** Zunächst fehlt in der Medizin das Wissen über jene Menschen, welche die eindeutige Mehrheit der Bevölkerung bilden. Behandlung und Pflege waren über lange Zeit nur auf die Körper von cis Männer ausgerichtet. Personen, die dieser Kategorie nicht entsprechen, erleben medizinische Gewalt – zum Beispiel rund um Geburt. Bereits während der Schwangerschaft sind zahlreiche Personen von Gewalt in der Geburtshilfe betroffen. Postpartale Depression bei jungen Eltern wird immer noch nicht ausreichend erkannt und behandelt. Rassifizierte, trans und nonbinäre Personen verzichten aufgrund von Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitssystem oft auf medizinische Versorgung, weil sie dem medizinischen Personal nicht vertrauen. Queere Menschen sind wesentlich höheren Risiken hinsichtlich ihrer mentalen Gesundheit ausgesetzt als die restliche Bevölkerung. Jede dritte trans Person hat im Laufe ihres Lebens einen Suizidversuch unternommen – diese Zahl ist zwei bis drei Mal höher als in der übrigen Bevölkerung.

[43] Männer üben auch Gewalt gegen andere Männer aus, sind in gewaltbereiten extremistischen Gruppen übervertreten, zeigen öfter risikoreiches Verhalten und haben eine höhere Suizidrate. Siehe die Arbeit von maenner.ch und ihren «Faktor M».

Wir fordern:

- die Verbesserung der medizinischen Versorgung von Frauen, trans, inter und nonbinären Personen durch die konsequente Verankerung der Gendermedizin sowie nationale Aktionspläne gegen Erkrankungen wie Endometriose oder Brustkrebs,
- die Gewährleistung einer vollständigen, diskriminierungsfreien und faktenbasierten medizinischen Versorgung für junge trans Personen,
- Programme zur Bekämpfung sexueller Belästigung und rassistischer Diskriminierung in allen Schweizer Spitälern,
- einen nationalen Sensibilisierungsplan für die Gesellschaft und insbesondere den medizinischen Bereich zur angeborenen Vielfalt der geschlechtlichen Merkmale,
- die Einführung einer Strafnorm gegen Operationen an Kindern, die mit Variationen in der geschlechtlichen Entwicklung geboren sind (Intergeschlechtlichkeit), ausser bei medizinischen Notfällen oder im Falle einer wesentlichen und akuten Gefahr für die Gesundheit des Kindes sowie die Einführung eines nationalen Entschädigungsprogramms für Kinder, die in Schweizer Spitälern Genitalverstümmelung erlitten haben,
- die Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel durch die obligatorische Krankenversicherung sowie einen vereinfachten Zugang zur «Pille danach»,
- die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und die Einführung eines Gesetzes über die sexuelle Gesundheit,
- eine Aufnahmepflicht für Zusatzversicherungen – mit gleichen Zusatzversicherungs- und Krankentaggeldprämien für alle,
- einen entschlossenen Einsatz gegen menstruelle Prekarität mit kostenlosen Menstruationsprodukten für Schüler*innen und benachteiligte Personen.

## 4.3 FÜR DIE FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG DURCH DIGITALE TECHNOLOGIEN

**Die Digitalisierung schreitet voran und ist aus unserem Alltag kaum noch wegzudenken. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass vor allem männliche Milliardäre hinter dem Aufbau der Technologien stehen. Ihnen sind Gleichstellung und Emanzipation egal oder sie sind gegenüber dem Feminismus gar feindselig eingestellt.** Die digitalen Räume der «Techbros» fördern und verbreiten Gewalt, Polarisierung und Hetze. Im Internet gedeihen antifeministische Narrative und Maskulinismus in Räumen, die wir kaum noch kontrollieren und beobachten können. Frauen und queer Personen sind diesem Hass und dieser Hetze besonders häufig ausgesetzt und müssen sich das emanzipatorische Potenzial des Internets noch mehr als andere erkämpfen. Seit einigen Jahren kommen immer mehr KI-unterstützte Prozesse zum Einsatz (Content Creation, Überwachungssysteme, Einstellungsverfahren, Kreditvergaben,

Sozialversicherungen usw.). Automatisierte KI-basierte Entscheidungen können zu noch mehr Diskriminierung führen. Ihre Algorithmen werden mit menschlichen Daten trainiert und die Vorurteile in unserer Gesellschaft (und in den Köpfen der Programmierenden) reproduziert oder sogar verstärkt.

Wir fordern[44]:

- bessere Moderations- und Meldetools für Gewalt im Netz dank einer echten Plattformregulierung,[45]
- dass Plattformen eine rechtliche Vertretung in der Schweiz haben müssen, damit sie von Gewalt- und Diskriminierungsbetroffenen zur Rechenschaft gezogen werden können,
- ein Verbot der Anwendungen, die pornografische Deepfakes ohne Konsens aller Beteiligten generieren können,[46]
- transparente Algorithmen und das Verhindern sexistischer Verzerrungen,
- ein Verbot der Nutzung besonders sensibler Personendaten (insbesondere Angaben zum Geschlecht oder zur sexuellen Orientierung) für Werbung in den sozialen Netzwerken,
- eine obligatorische Weiterbildung für Polizei und Justiz gemäss nationalen Mindeststandards zu Hassrede und Belästigung im Internet,
- einen nationalen Aktionsplan für Datenerhebung und Massnahmen gegen patriarchale Radikalisierung und Maskulinismus im Internet
- strenge Rahmenbedingungen und Transparenz für den Einsatz künstlicher Intelligenz in allen Lebensbereichen,
- staatliche Unterstützung für Programme, die nicht cis-männlichen Personen einen besseren Zugang zu Studiengängen im Informatikbereich ermöglichen,
- die systematische Berücksichtigung digitaler Gewalt in Gewaltpräventionsprogrammen.

## 4.4 FÜR INKLUSION IN ALLEN BEREICHEN DER GESELLSCHAFT

**Damit eine emanzipierte Gesellschaft für alle entstehen kann, müssen alle Lebensbereiche inklusiv gestaltet werden – insbesondere Forschung, Kultur und Freizeit.** Wir brauchen eine selbstbestimmte Wissenschaft ohne äussere Einflussnahme, die der Gesellschaft das nötige Wissen bietet, um Fortschritte zu ermöglichen – insbesondere im Bereich der Gender Studies. Hochschulen benötigen eine ausreichende Finanzierung, um die Bedingungen für wissenschaftliche

[44] Siehe unsere Resolution «Für einen demokratischen, sozialen und nachhaltigen digitalen Raum», 31.01.2026.
[45] Siehe auch hier unseren Gesetzesentwurf: Parlamentarische Initiative 25.439, Raphaël Mahaim, «Kommunikationsplattformen. Das Parlament muss wieder die Kontrolle übernehmen», 07.05.2026.
[46] Siehe unseren offenen Brief, «Offener Brief: Gegen sexualisierte Gewalt im Internet!», April 2026.

Höchstleistungen zu schaffen und um sicherzustellen, dass Mitarbeiter*innen nicht durch private externe Finanzierungsmechanismen unter Druck gesetzt werden.

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen könnte auch zu einer besseren Vertretung von Gruppen führen, die im Hochschulbereich immer noch marginalisiert sind. Auch im Kulturbereich besteht grosses Verbesserungspotenzial: Im Management und in der Leitung von Kulturinstitutionen sind Frauen und queere Personen immer noch in der Minderheit. Ständige Kürzungen in Forschung und Kultur werden die Situation in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Schliesslich müssen auch öffentliche Räume und staatliche Budgets für Freizeit und Sport inklusiv gestaltet werden.

Wir fordern:

- feste Budgetposten und eine gut ausgestattete Finanzierung für Forschungsprogramme mit Gender-Bezug in den BFI-Berichten, insbesondere im medizinischen Bereich,
- Massnahmen gegen die Leaky Pipeline an den Hochschulen (mehr Festanstellungen nach dem Doktorat, Ausbau von Job Sharing, langfristige Finanzierung und Förderung weiblicher Karrieren),
- die Einführung eines Statuts, das es Künstler*innen ermöglicht, von ihrer Arbeit anständig zu leben und über eine ausreichende soziale Absicherung zu verfügen,
- die Verankerung von Gender Budgeting in den Finanzierungskriterien im Kulturbereich,
- Massnahmen zur Förderung des hindernisfreien Zugangs zu Sport für Frauen und Geschlechterminderheiten – von Gender Budgeting in den Regelwerken aller Kantone für den Breitensport oder die Stadtplanung bis hin zu einer besseren Vertretung innerhalb der Sportverbände.